

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

64. Jahrgang | 98

Berlin, 13. Dezember 2010


Zur Situation

Sackgasse Euro

Kann man wirklich so hilflos in eine vorhersehbare Situation stolpern? Man kann. Die Bundesregierung hat kein Konzept, wie es mit Europa und dem Euro weiter gehen soll. Zwar ist Kanzlerin *Merkel* zu Recht gegen gemeinsame Euro-Bonds, ansonsten teilt sie aber die Ratlosigkeit mit den anderen Staats- und Regierungschefs der Währungsunion. Dabei fordert die Situation von Deutschland dringend Führung. Doch die CDU, deren einstiger Vormann *Helmut Kohl* den Euro gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgedrückt hat, dachte offenbar nie weiter als bis zum Tag seiner Einführung.

Nun versucht Kohls einstiger Zögling, Finanzminister Wolfgang Schäuble, im Alleingang die Flucht nach vorn. Er will eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Damit macht er den Euro erneut zum Werkzeug der politischen Integration Europas. Dabei hat diese Strategie die Währung in die Krise geritten. Statt wettbewerbsschwächere Länder zu zwingen, sich an die leistungsfähigeren anzupassen, droht nun das Gegenteil. Weil die deutsche Wirtschaft als zu stark empfunden wird, sollen wir zwei Gänge runterschalten.

Damit verdoppelt Berlin das Sprengpotenzial in der EU. Die Quintessenz des Euro-Jahrzehnts lautet leider: Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft liegen in Europa noch so weit auseinander, dass eine ökonomische und politische Zwangsverbindung die Probleme eher verschärfen wird, statt sie zu lösen. Mehr als „Wir ziehen das jetzt durch“, fällt Europas Spitzenpolitikern nicht ein. Die gemeinsame Währung, von ihren Vätern als Einbahnstraße konstruiert, droht für Merkel & Co. innen- oder außenpolitisch zur Sackgasse zu werden.

Ihr 

Unternehmen | Finanzierung

Mittelstand zittert vor Basel III

Basel III droht die Unternehmensfinanzierung des deutschen Mittelstands in den nächsten Jahren erheblich zu verschlechtern. Darauf weist der europäische Dachverband der mittelständischen Unternehmen CEA-PME hin. Nach dessen Berechnungen, die FUCHS vorliegen, droht sich der Zinssatz für kleine und mittlere Unternehmen im Schnitt um mindestens 0,5 Punkte zu verteuern. Zudem könnten die neuen Eigenkapitalregeln

dazu führen, dass Banken das Kreditvolumen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einschränken. Das könnte die Zinssätze weiter in die Höhe treiben.

Eine Ursache der höheren Kreditkosten ist die mehr als doppelt so hohe Eigenkapitalquote, die Basel III von den Banken fordert. Statt 4% wie unter Basel II verlangt die Nachfolgeregelung ab 2019 8,5%. Dabei sollen Kredite an mittelständische Unternehmen nach dem Standardansatz weiter mit einem Risikogewicht von 75% eingestuft werden. Das würde dazu führen, dass Banken bei einem Darlehen von 100.000 € statt 3.000 € künftig 6.375 € an Eigenkapital vorhalten müssen. Bei einer Eigenkapitalrendite von 15% würde sich der Kredit um einen halben Prozentpunkt verteuern.

Zudem müssen die Banken nach Basel III ihre Bilanzen abschmelzen, um das geforderte „leverage ratio“ einzuhalten. Zum Abbau der Verschuldung müssen sie aber ihr Kreditportfolio zurückfahren. Das Problem: Die Institute werden im Zweifelsfall höherwertige Assets verkaufen, da schlechtere nicht liquide sind. Damit konzentrieren sich in ihren Bilanzen die Risiken. Das Kreditgeschäft bleibt für die Banken nur dann attraktiv, wenn es „gute Risiken“ für das Portfolio bringt. Firmen in schwieriger Lage und mit wenig Eigenkapital erhalten nur noch mit Aufschlägen Kredit. Zudem werden die Banken stärker differenzieren und mehr Sicherheiten verlangen.

Bleibt Basel III unverändert, fürchtet der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) eine neue Kreditklemme für den Mittelstand. Die hatte es schon beim Start von Basel II 2002 und 2003 gegeben. Der BVMW verlangt von der EU-Kommission Korrekturen, damit der Mittelstand nicht für die Finanzkrise bezahlen muss. Schließlich sei er nicht für die Bankenkrise verantwortlich, die Basel III notwendig gemacht habe. So solle die Kommission für eine Folgenabschätzung für die Realwirtschaft und für KMU vornehmen. Wie wir in Brüssel hören, hat die Kommission Verständnis signalisiert.

CEA-PME und BVMW schlagen unter anderem vor, das Risikogewicht von Krediten an KMU von

Inhalt

- ◆ Wohlstandsmessung: Index mit Eigeninteresse 2
- ◆ Unternehmen: Gute-Laune-Nachrichten 3
- ◆ China: Ende der großen Harmonie 4
- ◆ Schweiz: Erben im Visier der Linken 5

75% auf 50% abzusenken. Damit müssten Banken bei einem Darlehen von 100.000 € nur noch 4.250 € an Eigenkapital hinterlegen. Das würde den Anstieg der Kapitalkosten in Grenzen halten. Eine Neubewertung des Kreditrisikos von Unternehmen ist ohnehin notwendig. Weit risikoträchtigere Interbankengeschäfte werden nur mit einem Risiko von 20%, Schuldenländer wie Spanien bis heute mit einem Risiko von 0% gewichtet.

- **Fazit:** Kredite an den Mittelstand sind nach Einschätzung von Sparkassen und Volksbanken ein Geschäft mit eher niedrigem Risiko. Das sollte Brüssel bewegen, bei der Neuformulierung der Eigenkapitalanforderungen das Missverhältnis zu korrigieren.

Hauptstadt-Notizen

DUBLIN: SESSHAFTE POLEN

Einen Vorgeschmack darauf, was Deutschland die Freizügigkeit für Mitteleuropäer ab Mai 2011 beschert wird, bietet Irland. Polnische Diplomaten in Dublin gehen davon aus, dass von den 200.000 Polen in Irland nur sehr wenige in ihre Heimat zurückkehren werden. Dabei erlebt das Gastland die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Viele Polen auf der grünen Insel waren im einst boomenden Bausektor beschäftigt und sind jetzt arbeitslos. Sie erhalten Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe wie irische Staatsbürger. In Irland gibt es monatlich maximal 600 € Arbeitslosengeld – für eine Dauer von 13 Monaten. Es ist zu befürchten, dass die deutlich höheren Sätze in Deutschland Polen hierzulande noch sesshafter machen könnten.

PRAG: EURO-GERÜCHTE

Angela Merkel soll dem tschechischen Premier *Petr Nečas* bei dessen Antrittsbesuch in Berlin gesagt haben, dass Deutschland Tschechien gerne in der Eurozone sähe. Dies streuen Gerüchte in Prag. Danach habe Merkel angedeutet, dass sie die Tschechen zu den Verbündeten zählt, mit denen sie Ordnung in der Eurozone herstellen möchte. Allerdings erfüllt Prag derzeit nicht die Aufnahmekriterien für die Eurozone. Zudem ermöglicht die Krone Prag eine aktive Währungspolitik zum Schutz der heimischen Unternehmen und des Exports. Ergo: Gerüchte, die dem Ego der Tschechen schmeicheln, mehr wohl nicht.

OSLO: STAATSFONDS KAUFT KRISEANLEIHEN

Der norwegische Staatsfonds hat im dritten Quartal seine Bestände an Euro-Anleihen der Krisenstaaten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien kräftig aufgestockt. Grund dafür waren die hohen Renditen und das Vorbild der EZB. Die kauft ebenfalls Anleihen der überschuldeten Euroländer auf. Norwegen besitzt mit 510 Mrd. \$ den zweitgrößte Staatsfonds der Welt – nur der chinesische hat noch mehr Volumen. Norwegens Staatsfonds soll dem Königreich einen Wohlstandsschock in der Zeit nach dem Ölboom ersparen.

Wohlstandsmessung Wohlfühlindex mit Eigeninteresse

Angesichts des Aufstiegs der Schwellenländer in Asien und Lateinamerika suchen die Industrieländer nach alternativen Wohlstandsindizes, um ihren Niedergang zumindest statistisch zu kaschieren. Die heute in internationalen Wohlstandsrankings führenden Staaten Europas und Nordamerikas werden ihre Spitzenposition in diesem Jahrzehnt an China, Indien und Brasilien abgeben müssen. Seitdem dies klar ist, häufen sich die Präsentationen neuer Wohlstandsindizes, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ablösen sollen. Das beginnt beim französischen Happy-Life-Index (mit Costa Rica auf Rang 1) bis zu dem vom DenkwerkZukunft (Leiter *Meinhard Miegel*) vorgestellten „Wohlstandsquartett“ mit vier Indikatoren: Pro-Kopf BIP, Verhältnis Arm-Reich, soziale Ausgrenzung und ökologischer Fußabdruck.

Insbesondere in den USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland gewinnen alternative Indizes immer mehr Anhänger. Die Berücksichtigung materieller Maße wie das Verhältnis Arm zu Reich oder der Ressourcenverbrauch ist allerdings nicht nur mit dem ökologischen Bewusstseinswandel der Regierenden zu erklären. Wer das BIP als Maß aller Dinge vom Thron zu stoßen versucht, handelt im eigenen Interesse. Die Politiker versuchen angesichts zunehmender ökonomischer und politischer Ohnmacht wenigstens die Deutungshoheit zu bewahren. Allein die Demografie wird dafür sorgen, dass in den alten Industriestaaten Produktivität und Ausstoß nur noch minimal wachsen. Deutlich stärker wird dagegen die finanzielle Belastung kommender Generationen zunehmen.

Pikant an den neuen Messverfahren: Sie erinnern nicht zufällig an die Wohlfühl-Ideologie der untergegangenen sozialistischen Gesellschaften. Sie beruht vornehmlich auf der „Gleichheit in Armut“, wie es *Michail Gorbatschow*, letzter Staatschef der Sowjetunion, einmal genannt hat. Ein Wohlfühl dieser Art enthält auch ein Indikator wie die 80/20-Relation, die das Verhältnis der Oberen zu den Unteren in einer Gesellschaft spiegelt, räumt Miegel uns gegenüber ein.

Doch auch außenpolitisch hat der Westen Grund, sein Gewicht künftig an anderen Indikatoren als dem BIP abzulesen. Um 2020 herum wird China die USA als wirtschaftliches Schwergewicht ablösen und auch politisch zur führenden Nation aufsteigen. Gleichzeitig dürfte in dem aufstrebenden Land die Umweltverschmutzung weiter zunehmen. Da macht es sich gut, mit einem Indikator wie dem ökologischen Fußabdruck die Chinesen an den Pranger stellen zu können.

- **Fazit:** Es wäre naiv zu glauben, dass die Politiker allein ökologische und gesellschaftliche Ziele im Blick haben, wenn sie die Wohlstandsmessung mit alternativen Indizes voran treiben.

Unternehmen

Gute-Laune-Nachrichten

Zu Ihrer Motivation und der Ihrer Mitarbeiter für Sie zusammengestellt:

- ◆ Zum dritten Mal in diesem Jahr hat das RWI seine **Konjunkturprognose für Deutschland** angehoben. Die Essener Wirtschaftsforscher erwarten für 2010 mit 3,7% und für 2011 mit 2,5% jeweils 0,3% mehr Wachstum als nach der letzten Schätzung.
- ◆ Die Hälfte der von ebay befragten **Online-Händler** in Deutschland erwartet 2010 bessere Weihnachtsgeschäfte als 2009. Nur jede achte Firma befürchtet schlechtere Umsätze. Das Weihnachtsgeschäft macht im Online-Handel 22% des Umsatzes aus.
- ◆ Die **deutsche Industrieproduktion** lag nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums im Oktober 2010 um 3,2% höher als im September. Gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet dies einen Zuwachs von 11,3%. Der Auftragseingang der Unternehmen war im Oktober 1,6% höher als im September. Das ist ein Anstieg um 16% gegenüber dem Vorjahr.
- ◆ In den USA haben in der vergangenen Woche so wenig Bürger Anträge auf **Arbeitslosenhilfe** gestellt wie zuletzt vor zwei Jahren. Die bessere Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt Hoffnung auf eine weitere Konjunkturbelebung des wichtigsten deutschen Handelspartners außerhalb der EU.
- ◆ Nach einer Schätzung des Haushaltsausschusses des US-Kongresses (CBO) kommt die **Bankenrettung** den Steuerzahlern in den USA preiswerter als befürchtet: Der CBO rechnet jetzt noch mit netto 25 Mrd. \$ – im März lag die Schätzung bei 109 Mrd. \$.
- ▶ **Fazit:** Der Schatten der Eurokrise verdüstert die Stimmung, trifft aber weiter nicht das Geschäft.

Steuern

Mogelpackung zu Weihnachten

Das Geschenk von Bundesweihnachtsmann **Rainer Brüderle (FDP) an die Unternehmen ist eine Mogelpackung (vgl. FB 6.12.)**. Zum einen wird es nach dem Beschluss des Koalitionsausschusses erst 2012 in Kraft treten – es ist also eher etwas für Weihnachten 2011. Zum zweiten enthält das Paket heiße Luft. Wie die Reduzierung des Erklärungs- und Prüfungsaufwands im Einkommensteuerrecht erreicht werden soll, bleibt völlig nebulös. Die zentralen Punkte:

- ◆ „Größere Vorhersehbarkeit, Handhabbarkeit und Planungssicherheit im Besteuerungsverfahren“
- ◆ „Weniger aufwändige Gestaltung der Prozesse zwischen Steuerpflichtigem und Verwaltung“
- ◆ „Gestraftte Anspruchsvoraussetzungen bei steuerlich relevanten Sachverhalten“

- ◆ „Weniger Dokumentationsaufwand“
- ◆ „Stärkerer Einsatz moderner Informationstechnik“

Das alles soll den Unternehmen **4 Mrd. € weniger Aufwand beschieren**. Da müssen wohl neugriechische Rechenexperten am Koalitionstisch gegessen haben – nachvollziehbar ist das nicht. Denn zu Prüfzwecken müssen Sie die vom Finanzamt nicht sofort verlangten Unterlagen dennoch vorhalten. Die Steuerberaterkammer bemerkt: „Nur ein Einstieg in die Steuervereinfachung.“

- ▶ **Fazit:** Ein Korb voll guter Absichten, der noch gefüllt werden muss. Die Einsparungen von 4 Mrd. € sollten Sie als PR der Bundesregierung abhaken.

Personal

Sicherheit für Zugriff auf Daten

Die **Neuregelung des Datenschutzes für Arbeitnehmer wird Ihnen mehr Rechtssicherheit geben**. Im Frühjahr 2012 will die Bundesregierung die Gesetzgebung abschließen. Die neuen Vorschriften sollen dann möglichst bald in Kraft treten.

Nach den Plänen dürfen Sie über Ihre Beschäftigten weiter Daten bei Dritten, etwa dem früheren Arbeitgeber, einholen. Ihren Mitarbeiter müssen Sie allerdings darüber informieren, bspw. wenn Sie über die Dauer des früheren Arbeitsverhältnisses, die Eingruppierung und die Bezahlung Erkundigungen einziehen. Wenn Ihr Mitarbeiter Sie danach fragt, müssen Sie ihm über die erhaltenen Antworten Auskunft geben.

Unzulässig ist künftig eine „Rasterfahndung“ – also die verdachtslose Überprüfung der Telefonate oder des E-Mail-Verkehrs eines Mitarbeiters. Erlaubt ist dies nur bei konkreten Hinweisen etwa auf Korruption oder Straftatbestände. Ein grundsätzliches Verbot der Videoüberwachung am Arbeitsplatz wird es nicht geben. Pausen- und Ruheräume dürfen jedoch auch in Zukunft nicht mit Kameras überwacht werden.

Noch offen ist, wann Arbeitnehmer sich bei Regelverstößen an den Landesdatenschutzbeauftragten wenden dürfen. Die Bundesregierung will, dass der Beschäftigte zunächst mit dem Arbeitgeber spricht. Der Bundesrat möchte, dass Arbeitnehmer sich sofort an die öffentlichen Datenschutzbeauftragten wenden dürfen.

- ▶ **Fazit:** Die Neuregelung des Datenschutzes am Arbeitsplatz wird Ihnen Rechtssicherheit geben.

China

Ende der großen Harmonie

Chinas regierende Garde hat **„Bühnenangst“**, wenn sie an ihre weltpolitische Führungsrolle denkt. „Wir sollten nicht überall Zuschauer, sondern

Handelnde sein“, bekamen amerikanische und europäische Teilnehmer auf einer Konferenz in Peking zu hören, die der rapide aufgestiegene *Xi Jinping*, Leiter der Zentralen Parteihochschule, in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Aspen Institut veranstaltet hat. Xi wird in Peking als nächster Staatspräsident gehandelt.

Xi sieht das Harmoniebedürfnis der alten Garde kritisch. Der Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“, die vor allem die sozialen Gegensätzen im Land verringern soll, ist die Losung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) unter Führung von Staatschef *Hu Jintao*. Das Dogma gilt auch im Umgang mit Nordkorea. Doch die Kapriolen der Führung im Nachbarland werden Peking immer lästiger. Noch versucht die KPCh die Irritationen mit „Dialog, Dialog, Dialog“ aufzufangen. Doch das beeindruckt den *Kim*-Clan in Pjöngjang wenig.

Die von Xi ausgewählten chinesischen Konferenzteilnehmer sahen gemeinsame Interessen mit den USA und waren bereit, mit dem Westen an der Lösung weltpolitischer Probleme zu arbeiten. Sie gaben aber zu verstehen, dass die Chancen dafür schlecht stehen. Die Parteiführung sei nur auf den Status quo aus – innere Harmonie, permanente Wohlstandssteigerung und feste Wechselkurse. Mit kritischen Augen sieht die junge Generation, dass sich in China eine immer größere Kluft zwischen Arm und Reich auftut. So halten sich Reiche neuerdings Bodyguards und bauen Häuser zu „Festungen“ aus. Auch dass China der Weltgemeinschaft meist den Rücken kehrt und unerfreuliche Tatsachen ignoriert, wird von vielen jungen Chinesen moniert.

- ▶ **Fazit:** Ob Luftballons dieser Art Xi’s präsidiale Ambitionen beeinträchtigen, bleibt abzuwarten. Setzt er sich durch, wird er versuchen, die politische Lethargie in Peking aufzubrechen. Die Welt würde ein kooperatives, aber auch selbstbewusstes China erleben. Es würde seine Interessen härter verfolgen, aber vor allem in Asien auch stabilisierend wirken.

Unternehmen | Finanzierung Noch ein Nord-Süd-Gefälle

Die Zahlungsmoral in Nordeuropa ist deutlich besser als im Süden oder Osten des Kontinents (siehe Tabelle). Darauf weist die IKB Deutsche Industriebank AG in ihrer diesjährigen Bilanz und Prognose zu Länder- und Exportrisiken hin. Sie basiert auf der repräsentativen Befragung von über 1.200 exportierenden Unternehmen aller Größenordnungen.

Nur ein Siebtel der Exportunternehmen verzeichnete keine Forderungsausfälle. Im Schnitt schmälern Ausfälle im Export den Umsatz jedes zweiten Unternehmen um 0,5%. Jede zehnte Firma musste

sogar Ausfälle von 2% und mehr verbuchen. Die IKB befürchtet, dass Firmen in Krisenländern der Eurozone ihre Zahlungsziele noch verlängern. Grundsätzlich gilt: Je länger Forderungen überfällig sind, desto größer ist ihre Ausfallwahrscheinlichkeit. Die säumigsten Zahler sind übrigens öffentliche Auftraggeber.

Länder	B *	Länder	B *
Deutschland	70,0	Österreich, Schweiz	67,4
Skandinavien	64,5	BeNeLux	56,4
Großbritannien, Irland	39,3	Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien	35,9
Russland, Ukraine	35,9	Baltikum	33,7
Frankreich	32,2	Türkei	30,5
Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Bosnien	30,0	Italien	24,9
Spanien	23,6	Portugal	23,6

Quelle: Creditreform, B* = Befragte in %, Zahlung innerhalb Rechnungsfrist plus 30 Tage Karenz; Beispiel D: Laut 70% der Befragten zahlten Geschäftspartner fristgerecht.

Deshalb rät die IKB zu konsequentem Forderungsmanagement mit engem Mahnungsplan. Exportkreditversicherungen, Vorkasse, Abschlagszahlungen und Hermesbürgschaften dienen der Absicherung.

- ▶ **Fazit:** Wie der Herr, so’s Gescherr. Die Zahlungsmoral der Firmen in Europa entspricht weitgehend der finanzpolitischen Seriosität ihrer Regierungen.

In aller Kürze

USA: VOM IMPORTEUR ZUM EXPORTEUR

Dank riesiger Schiefergasfunde wandeln sich die USA vom Gas-Importeur zum Gas-Exporteur. Mit 57 Mrd. Kubikfuß pro Tag sind die Vereinigten Staaten heute einer der größten Gasförderer der Welt. Würden sie davon nur ein Zehntel als LNG (Liquified Natural Gas) exportieren, wären sie der größte Erdgas-Exporteur der Welt. Die australische Bank Macquarie und der Energiehändler Freeport wollen nun mit einer Mrd. US-\$ einen nicht ausgelasteten amerikanischen LNG-Import-Terminal zu einem Export-Terminal umrüsten. Das Gas soll nach Ostasien und Westeuropa exportiert werden.

SÜDKOREA: KONJUNKTUR SCHWÄCHELT

Unabhängig von den militärischen Konflikten mit Nordkorea rechnet Südkorea für 2011 mit einer deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Das Korea Development Institute (KDI) prognostiziert für 2011 nur noch ein Plus von 4,2%. Für 2010 zeichnet sich ein Wachstum von 6,2% ab. Die OECD und der IWF erwarten ebenfalls, dass die Konjunktur wegen des starken Won und der gestiegenen Rohstoffpreise abflaut. Die OECD rechnet mit 4,2% Wachstum, der IWF mit 4,5%.

DIE PRIVATE VERMÖGENSANLAGE DES UNTERNEHMERS

Schweiz

Erben im Visier der Linken

Während das Erbaufkommen stetig zunimmt, haben viele Kantone in der Schweiz die Erbschaftssteuern gesenkt. Die Eidgenossenschaft hat die Besonderheit, dass Erbschafts- und Schenkungssteuern ausschließlich die Kantone gemäß eigenen gesetzlichen Bestimmungen erheben. Der Bund besteuert Erbschaften und Schenkungen generell nicht.

Aber auch einige Kantone lassen Erben und Beschenke unbehelligt. So kennt der Kanton Schwyz weder Erbschafts- noch Schenkungssteuer. Auch der Kanton Luzern verzichtet auf eine Besteuerung der meisten Schenkungen. In allen Schweizer Kantonen zahlen Ehepartner und direkte Nachkommen keine Erbschaftssteuer. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen hat diese Steuerform fast völlig ausgehebelt. Somit wechseln viele Milliarden fast steuerfrei die Hand. Das Aufkommen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern lag im Jahr 2006 bei lediglich 841 Mio. CHF.

Vorstöße für eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer sind bislang erfolglos geblieben. Im März 2009 scheiterte ein Vorstoß der Sozialdemokraten (SP) im Nationalrat. Am 28. November lehnten die Schweizer in einem Referendum die Steuergerechtigkeitsinitiative ab. Weil aber 40% für den Vorschlag der SP gestimmt haben – weit mehr als zur links-grünen Basis gehören – hat die Linke ihr Vorhaben nicht aufgegeben. Die Befürworter setzen auf einen Wechsel des politischen Klimas. Wenigstens für eine nationale Besteuerung der großen Vermögen hoffen sie, eine Mehrheit zu finden.

Parlamentarische Vorstöße

Die Grünen starteten Anfang Dezember in sechs Kantonen (Zürich, Bern, St. Gallen, Luzern, Basel, Solothurn) Standesinitiativen zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer. Mit einer Standesinitiative kann ein Kanton ein Bundesgesetz initiieren. Ein ähnlicher Vorstoß der SP fiel im Parlament von St. Gallen jedoch durch. Da die Sozialdemokraten kaum Chancen sehen, auf parlamentarischem Wege ihr Anliegen zu verwirklichen, wollen sie den Weg über das Volk gehen. Die Grünen setzen sich zudem für eine eidgenössische Volksinitiative mit dem Ziel einer Verfassungsänderung ein.

Ende November beantragte außerdem die Evangelische Volkspartei (EVP) eine Volksinitiative für

eine Erbschafts- und Schenkungssteuer zugunsten der obligatorischen Rentenversicherung AHV. Unterstützung hat sie für ihr Vorhaben bei den Grünen und der SP gefunden. Zur Zeit verhandeln die Parteien, wie sie ihre Kräfte bündeln können. Den Vorschlag für die Volksinitiative will die EVP jedoch alleine formulieren.

5% der Erbfälle betroffen

Wie weit die EVP die Vorschläge der anderen Parteien berücksichtigen wird, bleibt abzuwarten. Die Standesinitiative der Grünen nimmt die Ehepartner von der Besteuerung aus. Einig sind die drei Parteien allerdings über den Freibetrag. Er soll für jeden direkten Nachkommen 1 Mio. CHF betragen. Nach diesem Modell beträfe die Erbschaftssteuer schätzungsweise noch 5% aller Erbenden – sie repräsentieren jedoch rund 60% des geerbten Vermögens. Damit würde der Mittelstand geschont und ausschließlich große Vermögen besteuert. Allerdings muss für die Unternehmensnachfolge noch eine Lösung gefunden werden. Sie soll sicherstellen, dass der Erbe nicht wegen der Steuerbelastung zum Verkauf der Firma gezwungen wird.

Die Vorstellungen über den Steuersatz und die Verteilung der Steuereinnahmen gehen noch weit auseinander. Die Grünen befürworten einen Steuersatz von 25% für geerbte Vermögen jenseits der Freibeträge. Dies könnte dem Fiskus jährlich Steuereinnahmen von rund 5 Mrd. CHF bringen. Die EVP will sich mit Verweis auf den internationalen Steuerwettbewerb mit 10% begnügen. Die Belastung, so die Begründung, soll nicht höher sein als in Deutschland und Frankreich. Damit will die Partei ein Abwandern von Vermögenden zu vermeiden.

Mit den Steuererträgen will die EVP die Alters- und Hinterbliebenen Versicherung (AHV) entlasten. Damit können sich auch die Grünen und die Sozialdemokraten anfreunden. Die Grünen fordern bereits seit Langem eine Senkung der AHV-Beiträge. Die Gewinner des Vorschlags wären die erwerbstätige Bevölkerung und die Unternehmen. Einige Politiker sprechen sich auch dafür aus, einen Teil der Einnahmen den Sozialversicherungen zu Gute kommen zu lassen.

Der Start der Unterschriftensammlung soll spätestens im Frühjahr 2011 beginnen. Bis dahin sollte auch der genaue Wortlaut der Initiative bekannt sein.

Weitere Informationen erhalten Sie bei RA Dr. iur. HSG Thomas Gehrig, Geschäftsführer GLOBOGATE AG, Telefon +41 41 619 00 70, Email: info@globogate.org, Internet: www.globogate.org

Kunstmarkt

Hammerpreise können teuer sein

Alles hat seine Zeit und seinen Ort – auch beim Geschäft mit Kunst gilt diese Weisheit. Oft lässt sich der Kaufmann durch falsche Emotionen oder überzogenen Ehrgeiz täuschen. Er agiert dann am falschen Platz und mit den falschen Partnern. Und er verfehlt dabei sein Ziel, einen attraktiven Kaufpreis zu erzielen. Im Verkaufsfall gelingt es ihm nicht, genug zu Erlösen.

Für Unerfahrene wirkt der Kunstmarkt meist intransparent und wenig effizient. Auch das Internet hat die Situation nur geringfügig verbessert. Schon die Frage nach der Größe des internationalen Kunstmarktes hat es in sich. Klar zu erfassen sind die Umsätze der weltweit rund 3.500 tätigen Auktionshäuser. Das Geschäftsvolumen der abertausenden Galerien ist dagegen kaum zu ermitteln, die privaten Käufe schon gar nicht. So schwanken die Schätzungen der jährlichen Umsätze weltweit zwischen 20 bis 80 Mrd. US-\$. Das macht den Kunstmarkt bei Steuerbehörden und Einrichtungen zur Bekämpfung der Geldwäsche verdächtig.

Gehandelt wird Kunst weltweit, auf Auktionen, Messen, Galerien, durch Agenten, im Internet und im privaten Rahmen. Datenbanken und der Art-Price-Index liefern hilfreiche Informationen zur Preisentwicklung. Trotzdem sollte man bei größeren Engagements nicht auf den Rat unabhängiger Experten verzichten.

Wo am besten Kunst kaufen?

Angeregt durch eine Ausstellung will Unternehmer Müller Kunstwerke von Oskar Kokoschka und Max Pechstein erwerben. Sein Ziel ist es, dekorative Objekte für die Räume der Geschäftsleitung zu kaufen, die auch eine Kapitalanlage sind. Doch wer bietet werthaltige Objekte zu fairen Preisen an? Klassische Ansprechpartner sind Kunsthändler, Galeristen, Auktionshäuser und Kunstagenten. Dazu kommen Kunstmessen und Internetportale. Alle haben unterschiedliche Interessen. Wo kann Müller seine Kaufwünsche am besten erfüllen?

Ursprünglich entdeckten, förderten und ebneten Galeristen Künstlern den Weg in den Kunstmarkt. Da Kokoschka und Pechstein nicht mehr am Leben sind, sind sie in einer klassischen Galerie wohl eher nicht zu finden. Es sein denn, ein Galerist trägt Arbeiten dieser Künstler zusammen, um sie zu verkaufen. Damit geht er über seine Aufgabe hinaus, einen Primärmarkt für Kunst zu schaffen. Das macht die Unterscheidung zwischen Galerist und Kunsthändler immer schwerer. Klassische Galeristen kaufen die Werke der von ihnen vertretenen Künstler an und verkaufen sie dann weiter. Handelsspannen von 40-60% puffern ihr wirtschaftliches Risiko ab.

Kunsthändler nehmen ihre Objekte meist in Kommission, d.h. sie vermitteln zwischen Anbieter und Interessenten. Ein klassisches Maklerverhältnis, welches von der Diskretion aller lebt. Gelegentlich verkauft er aber auch auf eigene Rechnung. Das geringere wirtschaftliche Risiko von Kommissionsware sollte sich in der Marge wiederfinden. Kunsthändler konzentrieren sich überwiegend auf etablierte Künstler. Müllers Chance wertige Objekte von Kokoschka und Pechstein im Kunsthandel zu finden, sind deshalb gut.

Beim Kauf mit Plan vorgehen

Dem Kauf sollte allerdings immer eine sorgfältige Preisanalyse vorausgehen. Denn im Einkauf liegt die Basis für spätere Wertsteigerungen. Auch regional gibt es Preisunterschiede. Erstklassige Arbeiten von Kokoschka wird man eher bei Händlern in Süddeutschland und Österreich finden können. Der Kunsterwerb im Auktionshaus gilt als bester Ort, faire Preise zu erzielen, da hier Angebot und Nachfrage direkt aufeinander treffen.

Doch sind die dort erzielten Zuschlagpreise fair? Kaum. Falsche Emotionen, Bietergefechte, fiktive Preisabsprachen, Stützungskäufe von Interessierten können Preise in unangemessene Höhen treiben. Die Auktionshäuser unterscheiden sich zudem erheblich hinsichtlich Seriosität und Kosten. Die werden von unerfahrenen Bieter häufig unterschätzt. Zum Hammerpreis kommen generell Aufgelder, Provisionen und Gebühren. Diese addieren sich schnell auf 10% bis 25% des Zuschlages.

Die Beobachtung des Kunstmarkts, die Recherche im Internet, der Besuch von Händlern, Galeristen und Auktionen verschlingt viel Zeit. Deshalb ist die Beratung durch unabhängige Kunstexperten meist die beste Lösung. Die kosten zwar Geld. Doch sinnvolle Erwerbungen spielen ihr Honorar oft mehrfach ein. Müller hat sich für Kokoschka und Pechstein entschieden. Mit Hilfe des Fine-Art-Bankings entwickelt er einen Investitionsplan mit folgenden Punkten:

- ◆ 1. Bestimmung Kunstform und Schaffensperiode
 - ◆ 2. Generelle Markt-Preisanalyse
 - ◆ 3. Festlegung des Budgets und des Zeitrahmens
 - ◆ 4. Suche geeigneter Objekte und Preisprüfung
 - ◆ 5. Auswahl und Kauf der Kunstwerke.
- **Fazit:** Wer werthaltige Kunstwerke kaufen will, sollte den Erwerb genau planen und ihn von klaren wirtschaftlichen Kriterien abhängig machen. So tragen Sie Kriterien der Wertentwicklung, des Inflationsschutzes und der Vermögensdiversifikation Rechnung.